

**AF**  
Anruf 225

**inder-**  
**eidchen**

**inder-**  
**mäntel**

**Pullover**

**Jackchen**

**nder-Jacks**

**Kopf-**  
**deckungen**

**Strümpfe**

**Küblers**

**r. Sweater-**  
**Anzüge**

**tel-Anzüge**

**Sämtliche**  
**erwäsche**

**mpfehl**  
**kann guten**  
**Qualitäten**

**FRENZEL**  
**PIRMA**  
Abt. 23

**Wäsche**  
**ern u. Inlette**

**er, Helien**  
**tsche Gas u. 2**

**holung**  
**tal**  
Plauenschen

**Sall- und**  
**ment**

**sch dek. Seel**  
**chto Richter**

**Czak**  
**ianstraße 2**  
**aturen**  
**reiswert!**

**wir uns?**  
**olabad-Tunnel**  
**onntag:**  
**musik**  
**Humor!**

**ilnet!**

**nsere**

**1.25**  
**1.95**  
**2.95**  
**1.95**  
**-.68**  
**-.95**  
**-.50**  
**2.95**  
**2.95**  
**1.25**  
**-.50**  
**-.25**  
**-.50**  
**-.95**  
**-.50**

**iten,**

**che**  
**2**

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Verlagspreis: Die neuformatierte Monatszeitschrift oder deren Raum 0.30 RM. für Familien-  
ausgaben 0.20 RM. für die Anstaltsverwaltung einschließlich an den bestmöglichen Teil einer Zeitschrift 1.50 RM.  
Anzeigenpreis: Die neuformatierte Monatszeitschrift oder deren Raum 0.30 RM. für Familien-  
ausgaben 0.20 RM. für die Anstaltsverwaltung einschließlich an den bestmöglichen Teil einer Zeitschrift 1.50 RM.  
Anzeigenpreis: Die neuformatierte Monatszeitschrift oder deren Raum 0.30 RM. für Familien-  
ausgaben 0.20 RM. für die Anstaltsverwaltung einschließlich an den bestmöglichen Teil einer Zeitschrift 1.50 RM.

3. Fahrtafel Sonnabend, den 17. September 1927 Nummer 218

## Der Fall Katsowski

### Vorspiel des Bruches

Paris, 16. September.

Im französischen Ministerrat wurde beschlossen, die Vertretung des Gesandten der Sowjetunion in Frankreich, des Genossen Christian Katsowski, zu fordern. Der Gesandte wurde noch nicht offiziell verhaftet. Man erwartet die Rückkehr des Außenministers Briand ab, um über die Form dieses provokatorischen Schrittes gegen die Sowjetunion schlüssig zu werden. Als lächerlicher Vorwand für die Abberufung soll die Unterschrift Katsowskis, die er unter die Erklärung der Opposition gesetzt hat, dienen. Denn diese Unterschrift leistete er ganz unabhängig von seiner Stellung als Sowjetvertreter im Auslande.

In Wirklichkeit handelt es sich um einen weiteren Schritt in der Kampagne gegen die Sowjetunion, die von der britischen und französischen Bourgeoisie und ihrer feilen Presse seit Wochen betrieben wird. In den letzten Tagen hat sich diese Kampagne immer mehr zugespitzt. Es ist offenbar, daß die bürgerlichen Zeitungen, die französische Regierung im Sinne gewisser kapitalistischer Gruppen, vor allem der großen Petrolgesellschaften, die Royal Dutch Compagnie arbeiten. Sir Henry Deterding, der allmächtige Präsident der Royal Dutch, ist nicht damit zufrieden, daß ihm die Kontrolle über das russische Kaspia entzogen ist. Er läßt alle Kräfte bringen, um es so weit zu bringen, daß die französischen Imperialisten dem Beispiel der britischen folgen und den Bruch mit der Sowjetunion vollziehen. Eine kapitalistische Gruppe, die wie die Royal Dutch im Jahre 1926 nicht weniger als eine Milliarde an Profit eingesamelt hat, kann es sich schon etwas leisten, um die russischen Volkswirtschaften und Journalisten zu korrumpieren. Nicht es doch um eine große Sache, um die Schmelzung des antihörschewistischen Blockes, um den Feldzug gegen die Sowjetunion, von dessen Ergebnis sich die Petrolmagnaten und die übrigen Großkapitalisten nicht eine Milliarde, sondern ungezählte Milliarden Profit versprechen.

Der letzte Krieg war ein Krieg, der vor allem den Reichtümern Gewinn einbrachte hat. Nunmehr wollen die Kapitalisten ihren Krieg. Und da richtet sich ihr Appell in erster Linie auf die Sowjetunion. Zunächst ist die heuchlerische Demokratie ihr wahres Gesicht als Werkzeug des deutegierigen Großkapitals.

Wie es gemacht wird, um die Öffentlichkeit zu beirren, um die Stimmung gegen die Sowjetunion zu beeinflussen, das haben die verschiedenen Prozesse gegen die Dolmetscher und Spione gezeigt. Dabei steht diese Fährde unter dem direkten Schutze der Regierung, so daß es nur in ganz seltenen Fällen möglich ist, ihnen das Handwerk zu legen.

Ein Schritt für Schritt gibt der französische Imperialismus dem Drängen des britischen Imperialismus nach, die in die antihörschewistische Front einzugliedern. Die Schweregefeite, die Frankreich macht, haben nur den Zweck, England größere Zugeständnisse zu erzielen. Vor allem wollen die Poincaré-Regierung es verhindern, daß Konventionen an Deutschland gemacht werden, da es auf ihre Kosten ginge. Aber an und für sich sind sie zum Kriege gegen die Sowjetunion bereit.

Auch möchte die französische Regierung gerne die sich abzeichnenden Wahlen auf ähnliche Art vorbereiten, wie einst die britische. Die Vorbereitungen des Sinowjew-Prozesses lassen sie nicht schlafen. Dazu soll nun der Fall Katsowski sein Teil beitragen.

Um die öffentliche Meinung zu bearbeiten, spart die französische Regierung nicht mit den allerbesten Verleumdungen. Die russische Botschaft in Paris sei der Geldgeber der kommunistischen Partei Frankreichs. Die russische Botschaft sei ihr "Vorgesetzter". Die russische Botschaft sei ein Spionagenetz, in welchem Pläne gegen die französische Regierung ausgeheckt werden. Sie erklären sogar, Katsowski sei ein Spion in deutschen Diensten. Kurzum, es ist ein ähnliches Kesseltreiben wie in der Zeit, die den Einbruch Jannion-Häufes in die Aegos und die Handelskammer und dem Abbruch der Beziehungen seitens der französischen Regierung voranging. Die Monarchie hat offen erklärt, daß es nicht um den Botschafter, der sich korrekt benommen habe, sondern um die Botschaft handle, also um die Vorbereitung des Bruches mit der Sowjetunion.

Das französische Proletariat weiß sehr wohl all die Dummheit und provokatorischen Lügen gegen Katsowski richtig einzuschätzen. Es muß die weitere Entwicklung der antihörschewischen Sowjetbege mit Aufmerksamkeit verfolgen, es muß mit einer energiegelichen Gegenkampagne einziehen. Das Vorgehen des Katsowski ist nur eine der Vorbereitungen des Kesseltreibens der Imperialisten gegen die Sowjetunion. Der nächste Schritt wird der Abbruch der Beziehungen sein.

Gleichzeitig wird die Verfolgung der "roten Gefahr" im eigenen Lande gesteigert, die Kommunistenbege verstärkt. In der gegenwärtigen Stunde muß die französische Arbeiterklasse zur Verteidigung des Postwertes der Weltrevolution mit allen Kräften in Aktion treten!

### Ministerrat in Paris

Seine Beschlußfassung über die Abberufung Katsowskis  
Paris, 17. Sept. (Eig. Drahtbericht.)  
Der französische Ministerrat tritt heute abend zu einer Beratung zusammen, um über die Abberufung des Botschafters Katsowski endgültig zu beschließen. Briand ist gestern in Paris eingetroffen.

### Erklärung Litwinow

Moskau, 16. September. (Eig. Drahtbericht.)  
In einem Interview vor Pressevertretern erklärte Litwinow, daß die Antihörschewkampagne, die in Frankreich begonnen habe, an die Katsowskikampagne in England vor dem Bruch erludere und bemerke, daß die von der Sowjetunion abgelehnten Bestrebungen eines neuen unermesslichen Krieges nicht leicht eher zu gering zu sein und daß die Kriegsvorbereitungen auf einer Basis beruhen, die sich nicht nur auf England beschränke. Der Fall Katsowski sei lediglich ein Vorwand seitens jener reaktionären Kreise Frankreichs, die sich das bestimmte Ziel setzen, die Sowjetunion durch französische Beziehungen und die Verhandlungen über ein Schuldensystem zu sprengen.

Die Schuldenfrage konnte in letzter Zeit beständig gelöst werden. Litwinow arbeitete ein Schema für die Zahlungen in Höhe von 60 Goldfrank aus, das auch Kredite zur Finanzierung von Investitionen an französische Fabriken vorlag. Litwinow schloß: Deshalb können wir die Antikriegskampagne in Frankreich unumwunden als Kriegskriegskrieg und Urheber eines Weltbrandes kennzeichnen.

## Kampf der neuen Mietsteigerung!

Wir entnehmen der kommunistischen Zeitschrift "Die Kommune" folgenden Artikel:

Seit Jahren besteht in Deutschland ein Fehlbetrag von rund einer Million Wohnungen. Der Wohnungswirtschaft, der Hausinspektoren und die private Kapitalisation waren nicht in der Lage, diesen Fehlbetrag auch nur im geringsten zu decken. Auch nach drei Jahren Stabilisierung liebt die Wohnungsnot noch in volstem Umfange weiter.

Der jährliche Zuwachs an Haushaltungen — rund 200 000 — konnte nur in einem einzigen Jahre mit knapper Not durch Neubauten ausgeglichen werden. Der durch Bauzögerung einsetzende Mangel an Wohnraum ist in diesem Jahre durch Neubau mit gedeckt worden.

Das Ergebnis der mehrjährigen kapitalistischen Wohnungspolitik ist also eine Zunahme der Zahl der Wohnungslosen und eine Vermehrung des Wohnungsleids mit allen seinen schändlichen Auswüchsen.

Durch Wohnungswirtschaft und Hausinspektoren wird die wertvolle Bevölkerung seit 1924 Jahr für Jahr um zehntausende Millionen betragend gesteuert. Den arbeitenden Massen wurden im Jahre 1924 über eine Milliarde, in den Jahren 1925 und 1926 je 1 1/2 Milliarden, und im Jahre 1927 über 2 Milliarden an Hausinspektoren durch Mietsteigerungen abgenommen. Der meiste Teil dieser Steuerbeträge wurde von den kommunistischen und sozialdemokratischen Ministern in republikanischer Einheitsfront für Polizei und Landgendarmen, für Klassenjustiz und Kirche, für Wirtshausbesitzer und Jagdschützen ausgegeben.

Kein Wunder, wenn die Wohnungsnot in Deutschland für die Verringerung der Wohnungsnot verwendet worden. Umgekehrt: die Hausinspektoren, von den Sozialdemokraten früher Wohnungsbaubehörde genannt, wurde Lande mißbraucht, um die Steuerlasten der Besitzenden völlig abzubauen zu können. Eine volle Verwendung der gesamten, bisher bewahrten Hausinspektorenbeträge für den kommunalen Wohnungsbau in eigener Regie hätte die Durchführung von Wohnungsbau in einem solchen Ausmaß ermöglicht, daß wir schon im Laufe der nächsten Jahre einer Überwindung des Wohnungsmangels und des Wohnungsleids hätten entgegenzusetzen können.

Statt dieser nicht zu bezweifelnden Möglichkeiten haben wir erlebt: Mißbrauchsausplünderung der wertvollen Mieter, Steuerentlastung der Besitzenden, steigende Gewinne der Hauseigentümer, Verwendung des größten Teiles der Hausinspektoren für den Genossenschaft der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, Zerstückelung der kleinen Reichtümer der Hausinspektoren für sogenannte Stellungen mit durchweg schlechten und viel zu teuren,

### Geebeben in Kiuschiu

Newark, 17. September. (Teleunion.)

Nach hier eingetroffenen Meldungen hat sich in der Kriechbahn bei der Insel Kiuschiu ein Seebeben ereignet, bei dem 140 Schiffe gesunken bzw. schwer beschädigt worden sein sollen. 70 Personen sollen den Tod in den Wellen gefunden haben. Wie ferner gemeldet wird, soll der auf der Fahrt von Kamschikatka nach Japan befindliche Dampfer Wulung mit 900 Personen an Bord gesunken sein. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt jedoch noch nicht vor.

### Wolkenbruch über London

Berlin, 17. September. (Teleunion.) Wie die Morgenblätter aus London melden, ging über den nördlichen Teil der Stadt ein Wolkenbruch nieder, der schweren Schaden verursachte. Hunderte von Häusern und Geschäften wurden überschwemmt. Der ganze Straßenverkehr wurde vollständig lahmgelegt. Auch außerhalb Londons richtete der Wolkenbruch schweren Schaden an. — Es regnet seit schon seit sechs Tagen, und die Thema liegt außerordentlich. Tritt nicht bald eine Abänderung des Wetters ein, so muß mit großen Überschwemmungen gerechnet werden.

### Sozialdemokraten beim Tannenbergrummel

Böhlitz, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonntag soll unter Teilnahme aller sachlichen Verbände sowie von Hindenburg und Ludendorff in Königsberg die Einweihung eines großen Tannenbergrdenkmals stattfinden. Eine große militärische Parade unter „Auslösung des Geistes von 1914“ soll vor sich gehen. Ursprünglich sollte der Vertreter der preussischen Regierung, der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun an diesem nationalpolitischen Rummel teilnehmen. In seine Stelle wird nunmehr am Sonntag der sozialdemokratische Minister Grzelinski neben Ludendorff und Hindenburg an der Verherrlichung des Massenmordens teilnehmen. Diese Tannenbergsfeier ist ein Stück Vorgeschmack für den großen reaktionären Hindenburgrummel am 4. Oktober.

kümmerlichen Wohngelegenheiten für einzelne, meist kleinbürgerliche Familien.

Diese Tatsachen sollen wir nie vergessen und den Hüttenbauern, den Altschultern auf dem Gebiete des Wohnungsbaus immer wieder energisch vor Augen führen. Die Wohnungsnot besteht trotz aller reformistischen Quacksalbereien in volstem Umfange weiter! Das von der Bürgerblockregierung propagierte und von so manchem sozialdemokratischen Funktionär voller Entzückung mitberiebene Wohnungsunwesen hat sich im wahren Sinne des Wortes als Sündenbock erwiesen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, für diesen oder jenen der sich etwas gepirrt hat, durch zerstückelte Beihilfen ein Häuschen bauen zu lassen. Es muß vielmehr unsere Aufgabe sein, jede weitere Zerstückelung der Mittel zu verhindern, um unter Anwendung aller verfügbaren Kräfte und Mittel den kommunalen Wohnungsbau im großen in höchster Weise zu fördern. Nur so kann den wohnungslosen, innerreichen Familien, den Schicksalen der Wertvollen, die am meisten unter dem Wohnungsleiden leiden, zu helfen verhofft werden.

Aber die Wohnungsfrage ist gegenwärtig mehr noch als in früheren Jahren zu einer Frage des Wohnungspreises geworden. Die geringfügigen Summen, die man aus der Hausinspektoren für den Wohnungsbau übrig läßt, die hohen Zinsen für die infolge dieses Hausinspektorenüberschusses erforderlichen Baugelder und Hypotheken, die schamlose Bodenpekulation und der Paßwörter haben zu Neubauten geführt, die den Arbeitermieten weit übersteigen. Diese, durch die Bürgerblockpolitik verschuldeten, unerhörten Neubauten werden jetzt von dem Bürgerblockminister Dr. Frons ausgenutzt, um neue Mietpreissteigerungen auch für die gesamten Wohnungen zu begründen und durchzuführen.

In einer Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung, die Ende Juli bekannt wurde, wird an Hand von Beispielen festgestellt, daß Neubauten ohne öffentliche Beihilfen heute einen Mietpreis von 200 bis 250 Prozent der Friedensmiete erfordern würden. Durch den Einsatz öffentlicher Mittel sei es aber durchweg gelungen, die Miete der Neubauten auf 130 bis 150 Prozent anzusetzen. Als auf Grund dieser Denkschrift das Reichsarbeitsministerium in der Tagespresse ganz offen der Miete beifolgt wurde, die Friedensmiete auch für die gesamten Wohnungen in Sprunghafter Weise auf 100 Prozent setzen zu lassen, wurde diese Miete vom Reichsarbeitsministerium festigt bekräftigt und die ganze Denkschrift nur als ein Referatentwurf bezeichnet. In einem Satz dieser Ablehnung kam aber die wirklichkeitswidrige Haltung des Reichsarbeitsministeriums doch in aller nur würdigen Weise zum Ausdruck. Es hieß nämlich in der Erklärung des Reichsarbeitsministeriums, es sei „nicht beabsichtigt“.